

## Erklärung der Friedensinitiative Bielefeld /OWL 6. Juni 2024

- **Stoppt den Krieg in Palästina und Israel!**
- **Keine Waffenlieferungen an Israel!**
- **Palästina völkerrechtlich anerkennen!**



Die Palästinenser\*innen des Gazastreifens sind derzeit den vernichtendsten Angriffen ihrer Geschichte ausgesetzt. Sie erleiden einen Völkermord gemäß der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Nach fast ununterbrochenen Bombardements durch das israelische Militär sind bis 26. Mai 2024 über 36.000 Menschen getötet worden, davon fast die Hälfte Kinder. Tausende werden vermisst und über 80.000 sind schwer verletzt. Fast alle Menschen im Gazastreifen wurden zu Binnenvertriebenen und mehr als die Hälfte wurde mehrfach vertrieben. Die Städte sind unbewohnbare Trümmerwüsten. Es gibt keinen sicheren Ort. Israel hat jetzt mit der Offensive gegen die letzte bislang von Israel als sicher bezeichnete Stadt Rafah begonnen.

Die ca. 2,2 Millionen Bewohner\*innen des Gazastreifens leiden bereits seit letztem Jahr Hunger und Durst. Dies ist keine Nebenerscheinung des Krieges, sondern eine direkte Folge der erklärten Politik Israels. Das Leben ist laut dem UN-Hilfswerk für die Palästinenser\*innen (UNRWA) „unsäglich“ und gleicht einer „Hölle auf Erden“. Sauberes Wasser ist für die meisten nicht mehr verfügbar. Der Krieg und die Blockade haben auch zu einer für Mensch und Tier gefährlichen Müll- und Ökokrise geführt. Die Bedingungen sind im Mai 2024 noch dramatischer geworden. Am 28. Mai warnten Amnesty International, Oxfam und 18 andere große Hilfs – und Menschenrechtsorganisationen, dass „die humanitäre Hilfe jetzt kurz vor dem Zusammenbruch steht“. Das liegt an den systematischen Behinderungen an den von Israel kontrollierten Grenzübergängen und an der zunehmenden militärischen Gewalt.

Die israelische Regierung begann diesen massiven Krieg gegen die Bevölkerung in Gaza nach den Massakern der Hamas in Israel mit Hunderten toten Zivilist\*innen sowie vielen Verletzten und der Geiselnahme von rund 250 Personen am 7. Oktober 2023. Die israelische Regierung beruft sich bei diesem Krieg auf das Recht auf Selbstverteidigung nach dem Völkerrecht. Allerdings muss beim Recht auf Selbstverteidigung das humanitäre Völkerrecht eingehalten werden. Kriegsverbrechen, das heißt Angriffe auf Zivilist\*innen und auf zivile Infrastruktur, sind für alle kriegsführenden Parteien verboten.

Bereits am 9. Oktober 2023 sagte Yoav Gallant im Fernsehen „Ich habe eine vollständige Blockade des Gazastreifens angeordnet. Es wird keinen Strom, keine Lebensmittel und keinen Treibstoff geben. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir werden entsprechend handeln.“ Weitere Regierungsmitglieder und Militärs haben sich ähnlich geäußert.

Israel weigert sich, die verbindliche Resolution 2728 des UN-Sicherheitsrates vom 25. April 2024 für eine sofortige Waffenruhe anzuerkennen. Auch die Anordnung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) im Zusammenhang mit der Völkermord-Klage Südafrikas, das Leben palästinensischer Zivilisten zu schützen und genügend humanitäre Hilfe zu ermöglichen, wird ignoriert. Ebenso die Anordnung vom 24. Mai 2024, nach der Israel die Offensive gegen Rafah sofort stoppen muss. Israels Bedingungen für das Kriegsende lauten: „die Zerstörung der militärischen und steuerungstechnischen Kapazitäten der Hamas, die Freilassung aller Geiseln und die Gewährleistung, dass der Gazastreifen keine Bedrohung mehr für Israel darstellt“. Netanjahu will den „totalen Sieg“ über die Hamas. Dieses Kriegsziel ist unerreichbar, auch wenn alle Anführer der Hamas getötet würden.

Seit Beginn dieses Gazakrieges wurden in der besetzten Westbank und in Ostjerusalem über 540 Palästinenser\*innen von israelischer Armee und Siedler\*innen getötet und viele verletzt. „Wir werden eure Städte in Ruinen verwandeln genau wie im Gazastreifen“ hat Bezalel Smotrich, israelischer Finanzminister und Gouverneur der Westbank Ende Mai mehreren palästinensischen Städten in der Westbank angedroht.

Die Friedensinitiative Bielefeld/OWL verurteilt unmissverständlich alle Kriegsverbrechen sowie alle Verstöße gegen das Völkerrecht. Wir verurteilen die jahrzehntelange israelische Besetzung Palästinas, die vielen Massaker Israels in den letzten Jahrzehnten im Gazastreifen, in Ostjerusalem und der Westbank, die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens, die Gefangennahme und Folter von Palästinenser\*innen, die systematische Entrechtung der Palästinenser\*innen sowie den Völkermord an den Palästinenser\*innen im Gazastreifen. Wir verurteilen das Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober, die Geiselnahmen und die Raketenangriffe der Hamas auf Israel. Ebenfalls verurteilen wir die Waffenlieferungen von Deutschland, USA und anderen Staaten an Israel. Wir lehnen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ab.

Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den israelischen und palästinensischen Opfern. Zudem gebührt dem Leiden der nichtmenschlichen Kriegsoffer Beachtung, auch dies gehört nicht ignoriert. Die bisherige Geschichte des Nahostkonflikts hat gezeigt, dass jeder Versuch, den Konflikt durch Gewalt und Krieg zu lösen, nur zu mehr Gewalt und Zerstörung geführt hat. Dies gilt auch für den aktuellen Krieg. Es besteht die Gefahr der weiteren Ausdehnung des Krieges auf andere Länder.

Der Konflikt kann nur durch die Beendigung der israelischen Besetzung von Gazastreifen, Westbank und Ostjerusalem gelöst werden – entsprechend dem Völkerrecht. Dafür muss sich die Bundesregierung einsetzen. Statt dessen liefert die Bundesrepublik weiterhin Waffen an Israel und macht sich dadurch mitschuldig an dem Völkermord.

Im Zuge des Gazakrieges nehmen in Deutschland antipalästinensische, antimuslimische und antisemitische Äußerungen zu. Außerdem kommt es zu gewalttätigen Übergriffen. Wir wenden uns gegen Antisemitismus und gegen jeden Rassismus. Wir lehnen den Missbrauch des Begriffs Antisemitismus zur Delegitimierung von Kritik an der Politik der israelischen Regierung ab. Wir brauchen eine offene Debatte über Kriegsursachen, Verläufe und Lösungswege. Kritische Stimmen zur Politik der israelischen Regierung dürfen nicht als Antisemitismus diffamiert werden. Repressionen gegen Demonstrationen, Konferenzen und Camps müssen beendet werden.

Wir fordern von der Bundesregierung

- die Waffenlieferungen an Israel einzustellen
- den Staat Palästina in den Grenzen von 1967 anzuerkennen und die Unterstützung der israelischen Besatzung zu beenden
- sich der südafrikanischen Klage gegen Israel vor dem IGH anzuschließen
- sich einzusetzen für
  - einen sofortigen dauerhaften Waffenstillstand im gesamten Gebiet von Palästina und Israel
  - die sofortige ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen
  - Freilassung der Geiseln der Hamas sowie der von Israel inhaftierten Palästinenser\*innen<sup>1</sup>
  - das Ende der israelischen Besetzung von Ostjerusalem, Westbank und Gazastreifen
  - den Stopp der Repressionen gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung in Deutschland.

---

<sup>1</sup> Der israelische Staat hält weit über 10.000 palästinensische Menschen, darunter viele Minderjährige zu Unrecht gefangen. Denn die Gefangennahme verstößt gegen internationales Recht und Kriegsrecht.